

BMBWF - Präs/9 (Fremdlegistik, Verbindungsdienste)

**Mag.<sup>a</sup> Simone Gartner-Springer**  
SachbearbeiterinBundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort  
Museumstraße 7  
1070 Wien[simone.gartner-springer@bmbwf.gv.at](mailto:simone.gartner-springer@bmbwf.gv.at)  
+43 1 531 20-2331  
Minoritenplatz 5, 1010 Wienper E-MailAntwortschreiben bitte unter Anführung der  
Geschäftszahl.

Geschäftszahl: BMBWF-13.375/0004-Präs/9/2019

Ihr Zeichen: BMDW-33.550/0009-IV/7/2019

## **Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Berufsausbildungsgesetz geändert wird; Ressortstellungnahme**

Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung nimmt Bezug auf das do. Schreiben vom 7. Mai 2019, dankt für die Übermittlung des Entwurfes eines Bundesgesetzes mit dem das Berufsausbildungsgesetz geändert wird, und nimmt wie folgt Stellung:

### Zu Z 28 des Entwurfes (§ 34a BAG):

Der Regelung des § 34a BAG soll ein neuer Abs. 2 hinzugefügt werden, in dem hinsichtlich des bisherigen § 34a (nunmehr Abs. 1) von „gleichgestellten Lehrberufen“ die Rede ist. Im bisherigen § 34a BAG (nunmehr Abs. 1) wird der Begriff „gleichgestellt“ allerdings nicht verwendet. Stattdessen ist vorgesehen, dass Prüfungszeugnisse bestimmter berufsbildender mittlerer Schulen hinsichtlich der beruflichen Qualifikation, des Arbeitsrechts, einschließlich der Kollektivverträge sowie des Sozialversicherungsrechts zumindest als Nachweis einer mit einer facheinschlägigen Lehrabschlussprüfung abgeschlossenen beruflichen Ausbildung gelten.

Um Missverständnisse zu vermeiden, sollte in beiden Absätzen des § 34a BAG dieselbe Begrifflichkeit verwendet werden. Danach wäre im § 34a Abs. 1 des Entwurfes das Wort „gilt“ durch das Wort „ist“ zu ersetzen und es wären die Wendungen „zumindest als Nachweis einer mit“ sowie „abgeschlossenen beruflichen Ausbildung“ zu streichen und das Wort „gleichgestellt“ am Ende des Satzes anzufügen. Es wird daher vorgeschlagen den nunmehrigen § 34a Abs. 1 BAG wie folgt anzupassen:

*„§ 34a. (1) Für den Bereich der beruflichen Qualifikationen, des Arbeitsrechtes einschließlich der Kollektivverträge sowie des Sozialversicherungsrechtes ist das Prüfungszeugnis, mit dem der erfolgreiche Abschluss einer mindestens dreijährigen berufsbildenden mittleren Schule, einer mindestens dreijährigen land- und forstwirtschaftlichen Fachschule, einer berufsbildenden höheren Schule oder deren Sonderformen einschließlich der Schulversuche nachgewiesen wird, einer facheinschlägigen Lehrabschlussprüfung gleichgestellt.*

*(2) Zur Unterstützung der Erreichung des Ausbildungszieles können der Lehrberechtigte und der Inhaber oder die Inhaberin eines Prüfungszeugnisses gemäß Abs. 1 bei zu den gleichgestellten Lehrberufen verwandten Lehrberufen (§ 7 Abs. 1 lit. d) eine Reduktion des Lehrzeitersatzes gemäß Lehrberufsliste um bis zu einem Jahr vereinbaren.“*

Eine Kopie dieser Stellungnahme wird dem Präsidium des Nationalrates in elektronischer Form zur Verfügung gestellt.

Wien, 20. Mai 2019

Für den Bundesminister:

Mag. Andreas Bitterer

Elektronisch gefertigt